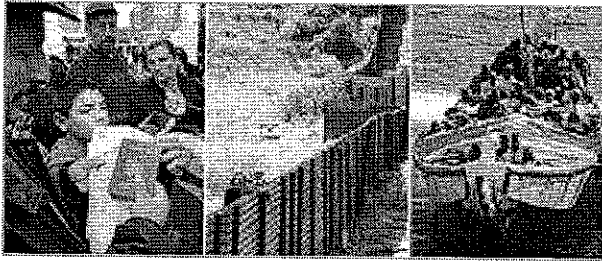


derStandard.at › Wissenschaft › Welt › Forschung Spezial

MIGRATION

Reden über Zuwanderung

VON KARIN KRICHMAYR | 21. September 2010, 20:56



Roma in Frankreich, der Grenzzaun zwischen Mexiko und den USA, illegale Bootsflüchtlinge: verschiedene Seiten einer Debatte, die auch Forscher beschäftigt.

Die heimische Migrationsforschung beginnt sich zu vernetzen

Bei der Eröffnung der ersten Jahrestagung in Wien erörterten Experten Unterschiede zwischen Europa und den USA und suchten nach neuen Perspektiven.

* * *

Von Henry Kissinger über Arnold Schwarzenegger bis zu Barack Obama: In den Vereinigten Staaten wird gerne betont, wie weit es Einwanderer

bringen können, und wie konstituierend sie für die Nation waren und sind. Der vielzitierte "Melting Pot" sei aber mehr Theorie als Realität, sagte Philip Martin, Migrationsforscher an der University of California, am Montagabend in seiner Eröffnungsrede zur "1. Jahrestagung für Migrations- und Integrationsforschung in Österreich", die noch bis heute, Mittwoch, an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) und an der Uni Wien stattfindet.

Die Eröffnung, die gemeinsam mit der zeitgleich veranstalteten Konferenz "Researching Migration in Europe" organisiert wurde, stand unter dem Motto eines Vergleichs der Migrationskonzepte in Europa und den USA.

Auch wenn Politiker stets bekunden, dass die USA offen für alle sind, sehe der Traum der unbegrenzten Möglichkeiten für viele Zuwanderer, besonders jene mit wenig Bildung, recht düster aus, sagte Martin. Familienzusammenführungen würden lange dauern, den Strom illegaler Migranten könne auch der 2000 Meilen lange Zaun an der mexikanischen Grenze nicht stoppen, die Zukunftsperspektiven von Migranten seien meist höchst unsicher. "Wir sehen uns als Einwanderungsland, kümmern uns aber nicht darum, wie wir die Integration der Einwanderer managen", resümierte Martin die US-Perspektive.

"In den USA wird Migration vor allem mit Arbeit assoziiert, in Europa mit Sozialleistungen", formulierte der Experte einen entscheidenden Unterschied zwischen europäischer und US-amerikanischer Sichtweise. "Die meisten Zuwanderer bekommen einen Job und die Arbeitgeber unterstützen Migration. Im Gegensatz zu Europa gibt es in den USA nach wie vor einen starken Glauben an eine flexible Wirtschaft, in der jeder erfolgreich sein kann, der hart arbeitet." Das mache es leichter über Zuwanderung zu reden als in Europa.

Catherine de Wenden, Migrationsforscherin am Pariser Centre d'Études et de Recherches Internationales und zweite Keynote-Sprecherin, wies denn auch darauf hin, dass es in Europa zu wenig sachliche Information und Debatten über Migration gebe. "Trotz der demografischen Entwicklung und dem Bedarf an Arbeitskräften, der prognostiziert wird, sehen sich viele europäische Länder noch immer bloß als temporäre Einwanderungsländer."

Das Bewusstsein, dass die heutigen Zuwanderer die künftigen Staatsbürger seien, müsse wachsen. De Wenden diagnostizierte außerdem einen wachsenden Widerspruch zwischen einer Politik der offenen Grenzen im EU-Raum, Abschottung nach außen und selektiver Migrationspolitik, etwa was die aktuelle "Roma-Krise" betrifft. Für problematisch hält sie auch den steigenden Einfluss der öffentlichen Meinung und der extremen Rechten auf die Migrations- und Integrationspolitik.